

Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

Antragstext

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde aller Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken,
- 5 rechtsstaatlichen Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.

- 6 Demokratie geht von den Bürger*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt Rechtsstaatlichkeit und
- 8 Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten und von individuellen Freiheitsrechten
- 9 sowie freier Wettbewerb um die beste Idee und Lösung - und hat deshalb die Kraft
- 10 zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden Probleme zu lösen. Sie lebt von
- 11 gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt, von der Kompromiss – und
- 12 Koalitionsbereitschaft unter Demokrat*innen. Im Angesicht der Bedrohungen für
- 13 unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere
- 14 demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie stärken heißt, sie nach
- 15 innen lebendig und repräsentativ zu halten. Demokratie stärken heißt, jetzt die
- 16 drängenden Zukunftsfragen anzugehen. Demokratie stärken heißt,
- 17 Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeind*innen und Angriffe auf die Integrität
- 18 von Wahlen, unsere Werte und Institutionen zu bilden.

- 19 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 20 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 21 streitbar unter Demokrat*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 22 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 23 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

- 24 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 25 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 26 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 27 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 28 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist*innen und einen starken
- 29 Bevölkerungsschutz.

- 30 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 31 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 32 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 33 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 34 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe

35 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
36 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
37 Russland oder China. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche und
38 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

39 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
40 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
41 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
42 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
43 Demokratie. Die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln
44 über Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und
45 reformieren. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür
46 besondere Verantwortung.

47 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und
48 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die
49 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische
50 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff gegen Israel, der
51 Krieg in Nahost, humanitäre Notlagen wie in Gaza, im Sudan oder in Afghanistan,
52 aber auch die Klimakrise erfordern höchste Aufmerksamkeit und entschlossenes
53 Handeln. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für die
54 internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen wir
55 Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen
56 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten
57 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden. Wir
58 stehen an der Seite der Menschen, die sich weltweit für Frieden, Demokratie,
59 Menschenrechte und eine lebenswerte Welt einsetzen.

60 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die
61 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,
62 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem
63 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.
64 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
65 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die
66 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe
67 und Selbstbestimmung.

68 **A. Eine lebendige Demokratie**

69 **Für demokratischen Zusammenhalt**

70 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in
71 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder
72 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in
73 Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen
74 kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören auch kulturelle Einrichtungen wie
75 Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die Raum für neue Begegnungen und
76 gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben. Geschäfte und Gastronomie sind

77 ebenso ein Teil davon: Wir wollen diese Orte deshalb im Gewerbemietrecht vor
78 Verdrängung schützen. Öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen,
79 weil sie unabhängig ihrer finanziellen Situation Zugang haben und sich
80 wohlfühlen, dienen dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darum sorgen wir dafür,
81 dass Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur funktional und sauber, sondern für
82 alle Menschen sicher und barrierefrei zugänglich sind.

83 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und
84 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal
85 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.
86 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung
87 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und
88 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern
89 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von
90 Journalist*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –
91 auch durch gemeinnützige Ansätze, die wir in die Abgabenordnung mit aufnehmen
92 möchten. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf attraktiver und sicherer,
93 um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

94 Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände,
95 stellen eine wichtige Säule unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts
96 dar. Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und
97 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch
98 Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch
99 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe.
100 Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es
101 unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

102 Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum
103 Beispiel Alevit*innen und Jesid*innen, vor Anfeindungen.

104 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

105 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere
106 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte und dafür,
107 dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft erwächst. Ein guter
108 Geschichtsunterricht an den Schulen stärkt das Fundament unserer Demokratie.

109 Wir pflegen unsere Erinnerungsorte – diejenigen, die das Menschheitsverbrechen
110 der Shoah bezeugen. Und diejenigen, die von demokratischen Aufbrüchen und
111 bürgerschaftlichem Mut berichten.

112 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!
113 Deswegen wollen wir die KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln für den
114 Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige
115 Begleitung und Gedenkveranstaltungen ausstatten. Die Dokumente der Zentralen
116 Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der
117 Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in
118 Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und
119 nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug*innen sind Gedenkstätten wichtige

120 Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und
121 kommende Generationen.

122 Deswegen wollen wir allen Schüler*innen ermöglichen, einmal in ihrer Schulzeit
123 eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch finanziell unterstützen.

124 Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen
125 Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir intensivieren
126 auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden
127 historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir
128 explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die NS-Verbrechen
129 gegenüber Menschen mit Behinderung werden wir weiter aufarbeiten, die Opfer
130 anerkennen und angemessen entschädigen. "Nie wieder" muss heißen: Verantwortung
131 zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

132

133 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der
134 Einwanderungsgesellschaft öffnen und tragen dem bei der Konzeption der
135 erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.

136 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen.
137 Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie bspw.
138 "Jugend erinnert" sollen verstetigt werden. Wir stehen zur Realisierung des
139 geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche
140 Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“. Die
141 Auseinandersetzung mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR verübten
142 Unrecht werden wir konsequent fortführen und die Realisierung des Mahnmals für
143 die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie des Archivzentrums SED-Diktatur
144 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute unter den Folgen der
145 Repression und benötigen besonders im Bereich der gesundheitlichen Folgeschäden
146 bessere Anerkennungsbedingungen. Auch für die Rehabilitation und
147 Anspruchsberechtigung der Opfer des DDR-Doping-Systems setzen wir uns ein.

148 Gleichzeitig erinnern wir uns an den Mut und das Engagement der Bürger*innen,
149 die 1989 mit der Friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur und den
150 demokratischen Neuanfang in einem vereinten Deutschland im Herzen Europas
151 ermöglicht haben. Wir unterstützen die Einrichtung des "Forum Opposition und
152 Widerstand 1945-1990" und des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und
153 Europäische Transformation in Halle als Orte des Austausches, der Forschung und
154 der Aufarbeitung zur Stärkung eines gemeinsamen europäischen Verständnisses von
155 Freiheit und Demokratie.

156 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen
157 Kolonialvergangenheit, insbesondere des Völkermords an den Herero und Nama, im
158 Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben. Diesen Prozess wollen wir
159 weiterführen und ihn durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler
160 Initiativen in die Gesellschaft tragen. Wir wollen bei Provenienzforschung und
161 der Rückführung von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus kolonialem
162 Kontext die angemessene Beteiligung der Herkunftsgesellschaften und die
163 Übernahme von mit der Rückgabe verbundenen Kosten gewährleisten. Gegen den
164 fortbestehenden Handel mit menschlichen Überresten, v.a. aus kolonialen

165 Kontexten, wollen wir vorgehen. Wir wollen prüfen, wie wir mit Unrechtsurteilen
166 der deutschen Kolonialjustiz umgehen können.

167 Die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt und gruppenbezogener
168 Menschenfeindlichkeit, wie bspw. in Hanau und durch den NSU ist für unsere
169 demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb sichern wir die
170 Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte
171 Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

172 Gleichzeitig leben in Deutschland Menschen mit Erfahrungen von Flucht,
173 Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Auch dies ist ein Teil der
174 deutschen Erinnerungskultur.

175 **Für handlungsfähige Kommunen**

176 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu
177 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen
178 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche
179 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe
180 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft
181 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

182 Für starke Kommunen braucht es viele gut ausgebildete Verwaltungsangestellte. Um
183 hier einen Fachkräftemangel abzuwenden braucht es moderne Strukturen und faire
184 Löhne im öffentlichen Dienst.

185 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu
186 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,
187 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Jugendclubs,
188 Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro.
189 Durch eine auskömmlichere Finanzierung der Kommunen und den Deutschlandfonds
190 geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen
191 Investitionen zu finanzieren. Wir wollen, dass Teilhabe für alle Menschen zur
192 Regel wird.

193 Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben,
194 sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender
195 Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen
196 wir uns für einen von Bund und Ländern finanzierten Altschuldenfonds ein. Wir
197 werden dabei auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigen, die
198 durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind.

199 An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von
200 Rettungsdiensten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten oder
201 beispielsweise der Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern
202 übernommen werden - mit steigenden Kosten für solche Pflichtaufgaben der
203 öffentlichen Daseinsvorsorge muss folglich auch die Finanzausstattung für die
204 Kommunen steigen.

205 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die
206 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von
207 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.

208 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der
209 Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden reduzieren und die verbleibenden
210 weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. In diesem Sinne und für
211 mehr Transparenz bauen wir die Förderdatenbank weiter aus. Wir stellen den
212 Kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken weiter die so
213 genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gleichwertigkeit,
214 entlasten die Verwaltung und steigern die Möglichkeiten vor Ort.

215 Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder
216 der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische
217 Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir Kommunen wo möglich
218 dabei, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen und
219 ein sicheres Investitionsumfeld für kommunale Energieversorger zu schaffen.

220 Wir wollen die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zeitnah abschließen.

221 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

222 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige
223 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von
224 Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht
225 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch
226 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir
227 unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen ist eine
228 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite
229 Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme
230 wie "Demokratie leben!" finanziell stärken und dauerhaft mit einem
231 Demokratiefördergesetz absichern.

232 Zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sieht unser Grundgesetz
233 vor, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam,
234 die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das
235 Bundesverfassungsgericht beantragen können. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und
236 die Bundesregierung auf, aus ihren Erkenntnissen parteiübergreifend Konsequenzen
237 zu ziehen und zügig auf einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit
238 der AfD hinzuwirken.

239 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,
240 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und
241 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,
242 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als
243 auch im Internet stärker geahndet werden. Wir prüfen geeignete Maßnahmen, wie
244 zum Beispiel eine Reform der Impressumspflicht und die dortige Offenlegung der
245 Wohnanschrift, um Menschen vor Nachstellungen und Stalking besser zu schützen.
246 Wir schützen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Angriffen, denn sie sind
247 ein hohes Gut.

248 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender
249 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für
250 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

251 Unparteilichkeit stärken und absichern wollen. Wir brauchen auch bundesweit mehr
252 Anstrengungen, um die Medienkompetenzen und den kritischen Umgang der
253 Bürger*innen mit digitalen Inhalten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu
254 stärken.

255 Auch die politischen Stiftungen liefern einen wichtigen Beitrag für die
256 politische Bildungsarbeit in unserer pluralen Demokratie, soweit sie auf dem
257 gemeinsamen Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen.

258 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern unsere Demokratie bereits heute
259 vielfältig auf kommunaler und Landesebene. Mit Bürgerräten besteht die
260 Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen des Alltags“ in einem
261 repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich
262 abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen
263 Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer
264 Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und
265 stärken.

266 Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit
267 haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen
268 gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger*innen
269 wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.

270 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das
271 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und
272 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen
273 für ein starkes Parlament, eine Stärkung der parlamentarischen Verfahren und
274 konstruktive Kompromissfindung, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.
275 Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen wir transparenter gestalten
276 und Lobbytreffen der Regierung wie in der Europäischen Kommission sichtbar
277 machen. Dabei setzen wir uns für unabhängige Kontrollen ein, um Transparenz und
278 Integrität zu stärken. Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel
279 öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Es gibt Regeln für Parteispenden
280 oder politischer Werbung im Fernsehen und Radio. Es gibt solche Regeln auch im
281 Digitalen, die wir zum Schutz unserer Demokratie durchsetzen wollen. Wir sorgen
282 dafür, dass diese Deckelung auch durch die Besitzer sehr großer Online-
283 Plattformen nicht umgehbar ist. Es braucht klare Grenzen, wie viel Einfluss ein
284 Einzelner nehmen darf. Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen
285 jährlichen Höchstbetrag deckeln und weitere Maßnahmen prüfen, um Schlupflöcher
286 zu schließen. Hierfür nehmen wir insbesondere Auslandsspenden in den Blick.

287 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer
288 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch
289 für diese Organisationen gelten.

290 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das
291 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

292 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

293 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie
294 engagieren sich im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, organisieren
295 Kulturveranstaltungen oder unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen
296 sich ehrenamtlich in die Freiwillige Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen ein.
297 Sie unterstützen Geflüchtete. Viele junge Menschen entscheiden sich, ein Jahr
298 ihres Lebens nach der Schule zu ihrer persönlichen Entwicklung zu nutzen und in
299 den Dienst von Gesellschaft und Umwelt zu stellen.

300 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst
301 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische
302 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und
303 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,
304 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement
305 verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln
306 prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir
307 eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und
308 Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
309 zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für
310 Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen
311 verbessern.

312 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im
313 Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren.
314 Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im
315 Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen
316 auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese
317 Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten
318 schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende
319 Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein
320 vergünstigtes Deutschlandticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden
321 kann.

322 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre
323 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir
324 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass
325 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen
326 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch
327 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen
328 Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht
329 gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und
330 institutionell unterstützen.

331 **Für Sport, der verbindet**

332 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.
333 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale

334 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der
335 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

336 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische
337 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern
338 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte ein fester
339 Bestandteil der Sportpolitik sind. Den Nachhaltigkeitszielen wollen wir auch
340 dadurch Rechnung tragen, dass wir bereits vorhandene Sportstätten in die
341 Bewerbung einbeziehen und neu zu bauende für die Öffentlichkeit nutzbar machen.
342 Diejenigen, die von der Ausrichtung der Olympischen Spiele finanziell
343 profitieren, sollen auf die Erträge Steuern zahlen und die für Veranstaltungen
344 üblichen kommunalen Gebühren entrichten.

345

346 Wir wollen mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen
347 Sportverbänden vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

348 Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern
349 ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend.
350 Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben
351 können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die
352 Schwimmausbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das
353 Training vor Ort.

354

355 Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer
356 Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick.
357 Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay. Mit einer
358 nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von
359 Leistungssportler*innen für Olympische und Paralympische Spiele sowie
360 vergleichbare Wettbewerbe gleichermaßen verbessern und die Mittelvergabe
361 transparenter gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet
362 und als gemeinnützig anerkannt wird.

363 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen
364 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

365 Fans sind essenziell. Deswegen stärken wir Fanprojekte, reformieren
366 intransparente Datensammlungen und weiten das Bundesprogramm gegen
367 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit aus.

368 **Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat**

369 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,
370 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die
371 Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter*innen und
372 Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene
373 Digitalisierung der Justiz.

374 Damit Rechtsschutz für alle offen steht, braucht es niedrigschwellige Zugänge
375 zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive
376 juristische Ausbildung. Die bisher schon eingeführten Reformen, wie zum Beispiel

377 den integrierten juristischen Bachelor, unterstützen wir und schaffen einen
378 bundesgesetzlichen Rahmen, der die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die
379 Resilienz des Rechtsstaats wie auch die Entwicklung der juristischen Berufe
380 durch Legal Tech in den Blick nimmt.

381 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den
382 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein
383 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von
384 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass
385 mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.
386 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren
387 entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter
388 erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr
389 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder
390 spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen.
391 Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges
392 Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dem wollen wir konsequent mit
393 der Stärkung des Umweltstrafrechts und einem Nationalen Aktionsplan begegnen..

394 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte
395 oder Zeug*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

396 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir
397 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten.
398 Nebeneinkünfte von Bundesrichter*innen sollen – wie schon jetzt beim
399 Bundesverfassungsgericht – auch bei allen anderen obersten Bundesgerichten
400 veröffentlicht werden. Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein.
401 Eine gute Justiz muss auch widerstandsfähig gegen Verfassungsfeind*innen sein.
402 Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor
403 Verfassungsfeind*innen geschützt ist.

404 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht
405 zahlen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu
406 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des
407 Strafrechts geregelt werden können. Wir wollen, dass vor Einleitung einer
408 Erstattfreiheitsstrafe die Ursache der Nichtzahlung und Alternativen stärker
409 betrachtet werden.

410 Eine starke Anwaltschaft ist Fundament eines stabilen Rechtsstaats und der
411 Bürger*innenrechte. Wir werden auch zukünftig sicherstellen, dass jeder Mensch
412 der in Haft genommen wird anwaltlichen Beistand bekommt.

413 Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich anerkannten
414 Sozialarbeiter*innen und Klient*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die
415 Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts prüfen.

416 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür
417 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der
418 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und
419 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

420 Für digitale Bürger*innenrechte

421 Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt
422 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)
423 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer
424 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen
425 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu
426 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen
427 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst
428 unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

429 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.
430 Ihre Grenzen findet sie, wenn Desinformation sich unkontrolliert ausbreitet, und
431 wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder Volksverhetzung erfüllt sind. Diese
432 müssen konsequent gelöscht und entsprechende Accounts, schneller gesperrt
433 werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die
434 Rechte der Nutzer*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit
435 belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie
436 gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke
437 ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten.
438 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben
439 wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine
440 konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa
441 und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente
442 Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz
443 beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt
444 werden.

445 Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um
446 effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und
447 in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.

448 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.
449 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf zielgerichtete
450 Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Gerade im
451 digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden
452 Instrumenten, wie dem Quick-Freeze-Verfahren, konsequent ausbauen. Instrumente
453 der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen, Chatkontrolle
454 oder die biometrische Erfassung im öffentlichen Raum, lehnen wir ab. Die
455 Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir bei der Evaluierung
456 bestehender und bei der Einführung neuer Befugnisse berücksichtigen und
457 evidenzbasiert und ausgewogenen durch Expert*innen bewerten lassen.
458 Wir wollen KI-gestützte Analyseinstrumente der Polizei für die Strafverfolgung
459 unter Einhaltung aller datenschutzrechtlicher Vorgaben stärker nutzbar machen.
460 Unser Ziel ist es rechtmäßig erhobene polizeiliche Daten durch automatisierte
461 Analyse, unter Einhaltung der Zweckbindung, schneller und effektiver miteinander
462 zu verknüpfen. Es muss jederzeit klar sein, wozu welche Daten verwendet werden.
463 Dabei setzen wir neben transparenten Verfahren auch auf regelmäßige Datenschutz-
464 Audits, außerdem muss die Datenhoheit bei der Behörde liegen.

465 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

466 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.
467 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt
468 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Diskriminierung überwinden,
469 denn sie schwächt unseren Zusammenhalt.

470 Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei
471 der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das
472 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen,
473 Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein
474 Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.. Dazu gehört auch der Schutz
475 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt
476 gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die
477 Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass
478 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut
479 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen
480 gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir
481 eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der
482 Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und
483 Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker
484 verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für
485 gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum
486 Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu
487 Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen
488 Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren
489 Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete
490 Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker
491 fördern. Zudem wollen wir die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer
492 Herkunft auch in Deutschland aktiv vorantreiben, Bildungsprojekte fördern und
493 die politische Teilhabe Schwarzer Menschen stärken.

494 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer
495 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in
496 Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel
497 am 7. Oktober steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns
498 deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz
499 jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

500 Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir
501 weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und
502 sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden.
503 Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des
504 Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine
505 Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige
506 menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung
507 einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat
508 komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende
509 Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht, und die

510 Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische
 511 Gegenwartsforschung.
 512 Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die
 513 Benachteiligung jüdischer Einwander*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-
 514)Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

515 Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen
 516 Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim*innen und
 517 muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die
 518 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir
 519 wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche
 520 Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden.
 521 Die Imam*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die
 522 Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islamkonferenz
 523 weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale
 524 muslimische Vertretungen einbinden.

525 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der
 526 Expertenkommission Antiziganismus weiter konsequent umsetzen und einen
 527 Staatsvertrag mit der Minderheit auf Bundesebene schließen. Antiziganistische
 528 Vorfälle müssen bundesweit erfasst und verfolgt werden. Deshalb sichern wir die
 529 Förderung der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle rechtlich ab. Wir setzen
 530 uns weiterhin für eine breitere Anerkennung des 2. August als Europäischen
 531 Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma ein.

532

533 Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sind ein
 534 unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität unseres Landes.
 535 Wir setzen uns weiterhin für die Förderung ihrer Kultur, Sprache und ihrer
 536 Sichtbarkeit in der Gesellschaft ein,
 537 sichern ihre Einrichtungen langfristig finanziell ab und stärken ihre
 538 institutionelle Verankerung auf Bundesebene. Wir stärken zudem die nationalen
 539 Minderheiten im Ausland.

540 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch durch verbindliche Maßnahmen in
 541 all ihren Institutionen angemessen widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb unter
 542 anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl
 543 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent
 544 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Wir wollen,
 545 dass Einstellungs- und Beförderungspraxis diskriminierungsensibel gestaltet
 546 werden. Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken
 547 wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.

548 **Für Frauenrechte**

549 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,
 550 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also
 551 intersektional ist und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur
 552 wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft
 553 werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte

554 stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir
555 wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer
556 adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

557 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das
558 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
559 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als
560 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher
561 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine
562 geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere
563 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige
564 Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht zu Hause:
565 Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im Alltag sind sie
566 aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt bedroht.

567 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer
568 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen
569 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung
570 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,
571 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen
572 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren
573 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und
574 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie
575 Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von
576 häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch
577 z.B. durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen
578 brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive
579 anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.

580 Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und
581 Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat
582 für Häusliche Gewalt hilfreich sein.

583 Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für
584 den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte
585 festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen,
586 den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte
587 Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von
588 Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Zudem prüfen wir, ob das geltende
589 Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt
590 werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können. Ziel ist es, das geltende
591 Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung reformieren. Auch der Einsatz von KO-
592 Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als
593 strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.
594 Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte
595 Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei
596 der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
597 setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten
598 Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat

599 darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere
600 Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die
601 Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden
602 kann. Wir wollen das geltende Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung
603 reformieren.

604 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht
605 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende
606 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren
607 Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen
608 eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht
609 leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.
610 Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur Verlängerung der
611 Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation
612 von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im
613 Einzelfall berücksichtigt werden.

614 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende
615 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.
616 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir
617 stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution
618 aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen
619 menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der
620 Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen
621 Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln. Opfer von Menschenhandel sollen ein
622 sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im
623 Strafverfahren.

624

625 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir
626 menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie
627 nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in
628 prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade
629 beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten
630 müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die
631 Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene
632 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der
633 Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des
634 Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie
635 Betroffene und Expert*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen
636 beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der
637 Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu
638 kriminalisieren.

639 **Für Selbstbestimmung**

640 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der
641 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in
642 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und

643 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in
644 Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des
645 Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in
646 Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu
647 Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung
648 der Ziele einführen.

649 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten
650 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen
651 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte
652 Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in §218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert
653 sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend
654 den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in
655 der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die
656 mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein,
657 dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein
658 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft
659 garantiert ist. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch
660 lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff
661 möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für
662 Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den
663 Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden. Auch
664 ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollen kostenfrei und Teil des GKV-
665 Leistungskatalogs sein. Wir wollen das Stillen in der Öffentlichkeit in
666 Deutschland grundsätzlich erlauben und schaffen dazu die gesetzliche Grundlage.

667 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes
668 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen
669 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit,
670 einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.
671 Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der
672 Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend
673 zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und
674 bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

675

676 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch trans*, inter und nicht-binäre Personen in
677 den Blick.

678 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

679 Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt leben zu können. Politik
680 muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi,
681 trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) zunehmende Gewalt und
682 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das
683 Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für
684 die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein.

685 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan
686 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur

687 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel
688 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir
689 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und
690 geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und
691 Hasskriminalität gegen LSBTIQ* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die
692 Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote,
693 sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen
694 des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt
695 setzen wir um und evaluieren sie.

696 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie
697 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die
698 Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen
699 diskriminierungsfrei gewährleistet, sowie Beratungsangebote ausgebaut werden.
700 Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an
701 intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht
702 gegenüber trans* und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche
703 Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen.
704 Lücken beim Verbot sogenannter Konversionstherapien werden wir schließen und die
705 Aufklärungsarbeit über HIV sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und
706 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen vorantreiben.
707 Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen
708 Leistungen für alle und stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von
709 Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt.

710 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für
711 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden
712 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von
713 lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen
714 dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen. Wir
715 verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.
716 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich
717 füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in
718 den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ*-
719 Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit
720 sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere
721 Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

722

723 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ* besser vor Diskriminierung auf dem
724 Arbeitsmarkt geschützt werden.

725 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 726 **und eine inklusive Gesellschaft**

727 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen
728 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,
729 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt
730 auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf.
731 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab

732 unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter
733 Beteiligung von Selbstvertreter*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.
734 Bürokratische Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an
735 ihrer Teilhabe hindern, wollen wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.
736 Damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt,
737 müssen Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht
738 werden.

739 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen,
740 in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar
741 werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei
742 machen. Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und
743 Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen,
744 wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem
745 digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen. Auch Vermieter*innen von Büro- und
746 Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter*innen von
747 Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und
748 Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung
749 der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

750 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch
751 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst
752 verdienen können.. **Damit Arbeitgeber*innen ihrer Beschäftigungspflicht
753 nachkommen, schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die
754 Ausgleichsabgabe an. Menschen mit Behinderung sollen wirklich selbstbestimmt
755 entscheiden können, wo und wie sie arbeiten.** Das heutige ausgrenzende
756 Werkstättensystem wollen wir schrittweise in Richtung Inklusionsunternehmen
757 weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten,
758 mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und existenzsicherende
759 Rentenansprüche erwerben können. Dafür sollen sie die individuell benötigte
760 Unterstützung erhalten. Die Reform des Werkstättensystems werden wir dabei im
761 engen Dialog gemeinsam mit den Werkstätten und Betroffenen gestalten. Hürden bei
762 Eintritt und Rückkehr ins Berufsleben sowie bei der Qualifizierung beseitigen
763 wir. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass in den Bundesverwaltungen
764 Modellprojekte für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen
765 über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geschaffen werden. EU-Mittel sollen nicht
766 in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention
767 entgegenstehen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir durchlässiger gestalten
768 und hierbei Fehlanreize beseitigen.

769

770 Das Bildungssystem ist von Anfang an inklusiv auszugestalten. Die Kosten für
771 dafür notwendige Unterstützung müssen übernommen werden. Auch die inklusive Aus-
772 und Weiterbildung wollen wir fördern. Die Peer-Beratung der Ergänzenden
773 Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) wollen wir in allen Regionen
774 weiterentwickeln.

775 Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene
776 niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu

777 Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher
778 Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen **und die**
779 **Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung**
780 **zu überarbeiten.** Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur
781 Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln. Wir wollen,
782 dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen
783 und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten. **Dazu bedarf es einer inklusiven**
784 **Sozialraumplanung in den Städten und Gemeinden.** Unterstützungsleistungen müssen
785 unabhängig von Einkommen und Vermögen, einfach und schnell zur Verfügung
786 gestellt werden. Wir wollen den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und
787 fördern und die Beratung dazu verbessern. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht
788 von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Wir stärken das
789 persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung.

790

791 Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache besser verankern, weiter fördern und
792 damit auch ihre Nutzer*innen stärken. Wir wollen sie als nationale
793 Minderheitensprache anerkennen und prüfen Wege zur Umsetzung. Wir setzen uns für
794 die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur barrierefreien Kommunikation ein.
795 Wir stärken die Disability Studies.

796 Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt
797 betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt
798 für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für
799 Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle
800 Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.

801

802 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie
803 zum Beispiel Asthma und Allergien, stärker in den Blick, damit sie überall
804 gleichberechtigt teilhaben können.

805 **Für lebendige Kunst und Kultur**

806 Eine freie Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen
807 Zusammenlebens. Wir wollen ein Kulturangebot schaffen, das so vielfältig ist wie
808 das Land selbst und allen Menschen Zugang bietet. Gegen antidemokratische
809 Bewegungen, die einen ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft
810 führen, arbeiten wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der
811 Künstler*innen und ihrer diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik,
812 Theater, Tanz oder bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club
813 oder Oper, ob öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und
814 Kreativwirtschaft. Indem wir ein Staatsziel Kultur in ihrer Vielfalt im
815 Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und Kultur umfassend und in der Breite.
816 Damit Kultur allen unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich ist, bauen wir die
817 kulturelle Infrastruktur aus. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, den
818 wir mit Programmen wie Aller.Land adressieren. Kulturpolitik wollen wir auf
819 Bundesebene auch institutionell stärken und besser vernetzen.

820 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und
821 Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen
822 beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von
823 Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus.

824

825 Die großen Bundeskulturinstitutionen sind ein Stabilitätsanker der
826 Kulturlandschaft, und wir wollen sie weiter öffnen. Es kommt darauf an, die
827 Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb werden wir
828 den Kulturpass verstetigen und prüfen, ihn auszubauen. Mit ihm erhalten
829 Jugendliche ein Guthaben, um Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir
830 damit die Nachfrage und unterstützen verschiedene Kulturanbieter in Stadt und
831 Land.

832

833 Durch die Green Culture Anlaufstelle, die wir erfolgreich gestartet haben,
834 unterstützen wir unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit den Ländern auf ihrem Weg
835 in den nachhaltigen Betrieb - mit Beratung und Förderung.

836 Kulturproduzent*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir
837 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Wir wollen die
838 Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir
839 Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die
840 begonnene Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche
841 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung
842 werden wir abschließen. Hier und in anderen kulturellen Förderungen wollen durch
843 geeignete Richtlinien dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Diversität in
844 der Kultur angemessen repräsentiert wird. Den Games-Standort Deutschland stärken
845 wir mit einer steuerlichen Games-Förderung, die bestehende gezielte Förderungen
846 ergänzt. Dabei nehmen wir auch die Rahmenbedingungen für Ausbildung & Studium,
847 Entwicklung, Produktion, öffentliche Sichtbarkeit und deren Zusammenspiel in den
848 Blick und achten auf relevante Anliegen aus der Games-Community. Für die kleinen
849 Verlage werden wir eine Verlagsförderung einführen und das Kulturgut Buch
850 schützen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds)
851 hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung
852 und Wissensvermittlung. Wir wollen den jüdischen Kulturfonds verstetigen, der
853 die Arbeit jüdischer und israelischer Künstler*innen unterstützt.

854

855 Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist die Vielfalt der
856 kleinen und mittleren Kulturunternehmen wichtig für die Identität und Kultur
857 unserer demokratischen Gesellschaft und muss deshalb durch die richtigen
858 politischen Rahmenbedingungen gestärkt werden. Der zunehmenden
859 Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung
860 begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung
861 von Streamingeinnahmen zu erreichen.

862 Wir wollen die soziale Lage der Künstler*innen und Kulturproduzent*innen
863 nachhaltig verbessern, indem wir die Künstlersozialversicherung zukunftsfest
864 machen, die soziale Absicherung für Soloselbstständige, hybrid Erwerbstätige und
865 abhängig Beschäftigte verbessern und die in dieser Wahlperiode von der

866 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten
867 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen. Im Dialog mit
868 betroffenen Förderern und Institutionen werden wir auf gute finanzielle
869 Rahmenbedingungen für deren Umsetzung hinarbeiten. Digitale Plattformen, die von
870 den Inhalten von Kreativen profitieren, sollen sich an der
871 Künstlersozialversicherung beteiligen.

872 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von
873 Künstler*innen kämpfen. Die Entwicklungen von KI wirken sich auf jede Sparte der
874 Kulturproduktion aus und eröffnen auch hier neue Spielräume. Wir werden die
875 Auswirkungen von KI auf den Kulturbereich, besonders im Hinblick auf faire
876 Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Persönlichkeitsrechte, Datenschutzvorgaben
877 und Urheberrecht prüfen. Wir wollen bei der Verwendung urheberrechtlich
878 geschützter Daten für KI-Systeme erreichen, dass Urheber*innen ihre Rechte und
879 Vergütungsansprüche zum Beispiel durch Lizenz- oder Abgabenmodelle künftig
880 durchsetzen können. Wir fordern Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von KI
881 und eine bessere Erkennbarkeit.

882

883 Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zur Medienkompetenz und damit zu
884 unserer Demokratie. Sie ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig von
885 der sozialen Lage. Wir stärken analoge und digitale Bibliotheksangebote mit
886 erweiterten Öffnungszeiten und finden Möglichkeiten, dass Bibliotheken Bücher
887 unter Wahrung der Interessen der Urheber*innen analog zum physischen Verleih
888 auch per E-Lending verleihen können.

889 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

890 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus
891 unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte
892 Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und
893 ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir
894 uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden
895 Humanität und Ordnung.

896 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften
897 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort
898 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um
899 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein
900 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem
901 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim
902 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit
903 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach
904 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung
905 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu
906 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,
907 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die
908 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine
909 echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu

910 Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne
911 Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.
912 Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der
913 Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die
914 Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum
915 Beispiel die Generation der Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band
916 rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass z.B.
917 auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und
918 schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu
919 erhalten. Es darf keine Staatsbürger*innen erster und zweiter Klasse und auch
920 keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf
921 die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache
922 Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von
923 deutschen Staatsbürger*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres
924 Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren
925 Kindern.

926 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie
927 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
928 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
929 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des
930 „Spurwechsels“ und gestalten ihn sinnvoll aus. Außerdem braucht es für beides –
931 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente und eine verlässliche
932 Finanzierung der Integration. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele
933 gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte
934 Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark
935 entlastet. Es ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Wir wollen
936 eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen
937 wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen
938 und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
939 kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

940 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen
941 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft sich
942 einzubringen an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft
943 funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.
944 Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo
945 es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der
946 Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die
947 Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige
948 überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen
949 mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell
950 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und
951 qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft
952 zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für
953 Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim
954 Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum
955 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die

956 Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen
957 von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen.
958 Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft
959 auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen
960 berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere
961 Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und
962 jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die
963 Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell
964 sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen
965 vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die
966 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
967 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
968 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie
969 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet.

970

971 Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die
972 Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und
973 Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz
974 ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass
975 keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt.
976 Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen
977 Zugang ermöglichen.

978 Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.
979 Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen,
980 wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
981 Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt
982 und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen
983 und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den
984 Arbeitsmarkt zu bringen.

985 Wenn sich Arbeitgeber*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht
986 mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch
987 Arbeitgeber*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen
988 arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht
989 aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für
990 Arbeitgeber*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre nicht-reguläre
991 Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute
992 Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem
993 Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven
994 bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung
995 ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.

996 **Für ein Land, das Schutz bietet**

997 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die
998 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich
999 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die
1000 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen

1001 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher
1002 und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer
1003 nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen
1004 Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein,
1005 dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.

1006 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute
1007 Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind
1008 historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
1009 besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag
1010 leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur
1011 Klimaanpassung und klimabedingter Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen
1012 geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.

1013 Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

1014 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
1015 Wir verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren
1016 völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem
1017 subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen
1018 zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die
1019 Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen
1020 reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zu
1021 Lasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

1022 Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen
1023 und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen
1024 und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs
1025 wollen wir beschleunigen und auf Sprachnachweise im Rahmen der
1026 Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

1027 Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur
1028 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
1029 Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder
1030 Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire
1031 Verfahren.

1032 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer
1033 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
1034 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem
1035 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
1036 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht
1037 in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder
1038 völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und
1039 Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den
1040 Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch
1041 legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen
1042 nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.

1043 **Für eine europäische und internationale Flucht- und** 1044 **Migrationspolitik**

1045 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit
1046 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in
1047 Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.

1048 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
1049 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
1050 einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen
1051 wir, wie jedes Recht, auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um.
1052 Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass
1053 Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend
1054 gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts
1055 stattfinden.

1056

1057 Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den
1058 Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring
1059 und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die
1060 Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien
1061 der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gesetzlich geregelt wird und
1062 die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend
1063 finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein
1064 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,
1065 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die
1066 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen
1067 oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.
1068 Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen.
1069 Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention
1070 untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

1071 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
1072 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
1073 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
1074 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
1075 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
1076 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
1077 ablenken.

1078

1079 Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt-
1080 und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige
1081 Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere
1082 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig
1083 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und
1084 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte
1085 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige
1086 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker
1087 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch

1088 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete
1089 und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig
1090 reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen
1091 Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig
1092 migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die
1093 durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen
1094 Verbindungen zwischen Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

1095 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe –
1096 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
1097 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
1098 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
1099 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden,
1100 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der
1101 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
1102 werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht,
1103 beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu
1104 kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in Europa finden.

1105 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen
1106 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen-
1107 Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist
1108 das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in
1109 den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler
1110 unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir
1111 deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer
1112 nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen
1113 und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

1114

1115 Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
1116 zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die
1117 europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich
1118 weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
1119 Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen
1120 beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex
1121 und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer
1122 solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
1123 Unterstützung.

1124 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss
1125 enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich
1126 koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht
1127 erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der
1128 Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns
1129 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns
1130 für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

1131 Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten
1132 wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre

1133 Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen. Wir
1134 wollen weiterhin Verantwortung für Afghan*innen übernehmen, die wegen ihrer
1135 Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches
1136 Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben sind. Für Ortskräfte und
1137 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
1138 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch
1139 erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen,
1140 denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel
1141 das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund,
1142 Ländern, Städten und Gemeinden.

1143 **B. Ein Leben in Sicherheit**

1144 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

1145 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig
1146 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben
1147 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Die beste Form der
1148 Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute
1149 Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag
1150 zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine
1151 wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung.
1152 Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben
1153 und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

1154 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass
1155 sie das Personal, die Technik, Know-How und auch die verfassungskonformen
1156 Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die
1157 gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz
1158 werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.
1159 Dazu zählt, dass wir polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken.
1160 Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken. Wir
1161 bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger*innenrechten in Einklang
1162 und adressieren die Ursachen von Kriminalität.

1163 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen
1164 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.
1165 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss
1166 hier technisch mithalten können.

1167 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick
1168 behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen
1169 Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich
1170 verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken
1171 werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute
1172 Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere
1173 polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung

1174polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir
1175reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.

1176Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger
1177wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als
1178Verfassungsfeind*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an
1179legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen.
1180Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im
1181häuslichen Bereich. **Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer**
1182**zu viel.** Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und
1183anderer gefährlicher Waffen, wie SRS-Waffen, weiter einschränken und hierfür das
1184Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem
1185Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des
1186Waffenrechts, wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und
1187Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir
1188entschieden vor.

1189Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei
1190ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes
1191haben wir eine Anlaufstelle für Polizist*innen und Bürger*innen geschaffen, die
1192wir stärken und weiterentwickeln wollen. Dadurch verbessern wir auch die
1193Arbeitsbedingungen für Polizist*innen. Als ausführendes Organ des staatlichen
1194Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung. Mit einem
1195Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für Kontrollen darlegt, wollen wir
1196polizeiliches Handeln transparenter machen. Dabei wollen wir polizeiliche
1197Kontrollbefugnisse so ausgestalten, dass diese rechtssicher angewandt werden
1198können. Zudem führen wir für die Bundespolizei eine anonymisierte
1199Kennzeichnungspflicht ein. In der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität
1200sensibilisieren und eine gute Fehlerkultur entwickeln. Polizeiliches Handeln und
1201Einstellungsmuster sind in Deutschland vergleichsweise wenig erforscht. Deshalb
1202wollen wir die Polizei stärker für wissenschaftliche Forschung öffnen. Den
1203Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus
1204nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und
1205Betroffenen verbessern.

1206Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr
1207Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen
1208wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die
1209europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt
1210weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

1211**Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 1212**Kriminalität**

1213Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.
1214Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland
1215wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu
1216spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine
1217wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale

1218 Drogenhandel sowie der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Der Schaden
1219 für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle Gruppierungen legale
1220 Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder den Immobilienhandel
1221 unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

1222 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen
1223 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die
1224 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund
1225 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte
1226 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die
1227 Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf
1228 Strukturermittlungsverfahren legen können. Die wissenschaftliche Forschung im
1229 Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch internationale
1230 Kooperationen werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen
1231 oder den Einsatz von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der
1232 EUSTA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten
1233 Kriminalität ausweiten.

1234 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen
1235 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er
1236 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen
1237 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und
1238 durch eine stärkere politische Befassung gelingen und muss auf Prävention und
1239 Aufklärung setzen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer unabhängigen
1240 zivilgesellschaftlichen Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität ein.

1241 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 1242 **Steuerbetrug**

1243 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden
1244 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem
1245 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten
1246 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu
1247 einer Finanzpolizei ausbauen. Dieses soll jährlich über seine Ermittlungserfolge
1248 berichten.

1249 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.
1250 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch
1251 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Dafür wollen wir auch die
1252 Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Die Einführung der administrativen
1253 Vermögensermittlung wollen wir prüfen. Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig
1254 und ambitioniert umsetzen und dabei auch die Forderungen des Europäischen
1255 Parlamentes berücksichtigen. Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die
1256 Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder
1257 nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld mithilfe
1258 komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln wir das
1259 Transparenzregister für Unternehmen weiter und stärken die internationale
1260 Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden.

1261 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere
1262 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit
1263 Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum oder organisierte Steuerkarusselle der
1264 Vergangenheit angehören. Dafür stärken wir die Finanzaufsicht und gewährleisten
1265 zuverlässige Prüfungen. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur
1266 Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität wollen wir deutlich steigern.
1267 Dazu werden wir die Behörden so ausstatten, dass frühzeitige Ermittlungen
1268 sichergestellt werden können und somit eine Verjährung von Steuerstraftaten
1269 verhindert wird. Mehr Transparenz zu Unternehmenssteuern und - oft
1270 verschachtelten und verschleierten - Eigentumsverhältnissen und bessere
1271 Kapazitäten im Steuervollzug helfen dabei. Wir wollen die Heraufstufung von
1272 bestimmten Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung zu einem Verbrechen
1273 prüfen.

1274 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

1275 Menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien – egal ob politisch
1276 oder religiös motiviert – säen Hass, spalten unsere Gesellschaft und sind der
1277 Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil sich die Erscheinungsformen stetig
1278 wandeln und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer werden, müssen wir
1279 ihnen aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente entsprechend
1280 anpassen. Gerade junge Leute radikalieren sich heute vermehrt im digitalen
1281 Raum. Es braucht passgenaue Medienbildung für unterschiedliche Zielgruppen, um
1282 der Radikalisierung in allen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1283 Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus
1284 aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz geteilt.
1285 Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen
1286 Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage
1287 durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen
1288 für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegentreten.

1289 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren.
1290 Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und
1291 Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für
1292 Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für
1293 Aussteiger*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme
1294 für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft
1295 mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

1296 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt,
1297 intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der
1298 Staat muss sicherstellen, dass Verfassungsfeind*innen keine öffentlichen Ämter
1299 bekleiden und weder in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen noch in
1300 Sicherheitsbehörden oder Bundeswehr tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere
1301 Prüfverfahren. Verfassungsfeind*innen dürfen nicht an Waffen gelangen und müssen
1302 konsequent entwaffnet werden. Hierfür nehmen wir insbesondere die rechtsextreme
1303 Szene in den Blick. Wir treten dafür ein, dass eine Vorurteilsmotivation bei

1304 Straftaten konsequent berücksichtigt und hierfür geprüft wird, ob rechtliche
1305 Anpassungen notwendig sind.

1306 Wir werden den neuen und komplexen Gefahren durch Investitionen in unsere Innere
1307 Sicherheit begegnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den
1308 Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend
1309 Personal und Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie
1310 Terrorist*innen ausfindig machen und Anschlagpläne frühzeitig aufdecken können.
1311 Wir ergreifen Maßnahmen, um es den Behörden zu ermöglichen Finanzströme
1312 extremistischer Gruppierungen aufdecken und trockenlegen zu können. Top-
1313 Gefährder*innen müssen länderübergreifend stets im Blick der Sicherheitsbehörden
1314 sein, lückenlos überwacht und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgt
1315 werden. Damit das gelingt, muss europaweit einheitlich klar sein, wen wir als
1316 Gefährder*innen in den Blick nehmen.

1317 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern
1318 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –
1319 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.
1320 Es muss sichergestellt sein, dass Informationen die zuständigen Behörden
1321 frühzeitig erreichen. Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle
1322 notwendigen Befugnisse haben, um Terrorismus effektiv und zielgerichtet zu
1323 bekämpfen. Die Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir analysieren
1324 und umsetzen. Aktionismus stellen wir eine verantwortungsvolle
1325 Sicherheitspolitik entgegen. Die wissenschaftliche Untersuchung über
1326 Entwicklungen von Phänomenbereichen werden wir stärker in die Sicherheitspolitik
1327 einbeziehen.

1328 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme
1329 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden
1330 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir die Unterstützung für die Opfer von
1331 Terrorismus und deren Angehörige vom Staat weiter stärken und finanziell
1332 absichern. wird. Damit sie eine zuverlässige Anlaufstelle haben, haben wir das
1333 Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir wollen die Aufarbeitung von
1334 Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen gedenken.

1335 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

1336 Extremwetterereignisse oder Katastrophen: Außerordentliche Ereignisse können das
1337 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen
1338 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden
1339 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

1340 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können
1341 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit
1342 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen
1343 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der
1344 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen
1345 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen, der
1346 Gleichstellung der Ehrenamtlichen bei Einsätzen oder Ausbildung oder
1347 Erleichterungen für Ehrenamtliche. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aktiv

1348in den Bevölkerungsschutz einbeziehen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass
1349vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt
1350werden.

1351Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße
1352Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und eine fortschrittliche Ausbildung. Wir werden
1353weiter in den Bevölkerungsschutz investieren. Dazu zählt eine ausreiche
1354Materialreserve und der Fähigkeitsausbau für CBRN-Gefahren. Wir schaffen
1355verlässliche digitale Systeme, eine morderne Cyberhilfe und bauen die
1356Warninfrastruktur aus . Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das
1357Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen
1358bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.

1359Wir bauen die länderübergreifenden Katastrophenschutzübungen anhand von
1360Risikoszenarien aus und ergänzen diese durch einen stärkeren und praktischen
1361Einbezug der Hilfsorganisationen. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
1362stärken wir, indem wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und Angebote
1363für alle Menschen in der Krisenvorsorge anbieten. Darüber hinaus wollen die
1364Ertüchtigung vorhandener Schutzbauten prüfen. Die Zeitenwende muss sich auch im
1365Bevölkerungsschutz widerspiegeln.

1366 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

1367Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder
1368Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren
1369Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit
1370stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen
1371Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen
1372gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in
1373Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und
1374Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge
1375an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie
1376verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Wir setzen
1377Staaten etwas entgegen, die mit gezielten Aktionen im Graubereich feindliche
1378Angriffe auf uns durchführen. Dafür wollen wir neue völkerrechtliche Instrumente
1379vorantreiben, die den Schutz globaler Infrastruktur gewährleisten. Für uns ist
1380ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen
1381Sicherheitsstrategie verankert haben.

1382Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine
1383wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend
1384eine solide Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren frühzeitig erkennen und
1385bewältigen können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden wir in der
1386Spionageabwehr und den Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so
1387aufstellen, dass sie besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen
1388können. Wir wollen, dass das BfV stärker wissenschaftliche,
1389zivilgesellschaftliche und öffentliche Quellen in seine Analyse einbezieht.
1390Dafür wollen wir auch die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu
1391verfassungsfeindlichen Bestrebungen stärken und fördern. Den Militärischen

1392Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und
1393die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische
1394Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen
1395Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde
1396Nachrichtendienste und eine effektive parlamentarische Kontrolle.

1397Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben
1398wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer
1399Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere
1400Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere
1401Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz
1402wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische
1403Investor*innen schließen. Für die KRITIS-Betreiber*innen wollen wir
1404Beratungsangebote für Schutzmöglichkeiten stärken.

1405 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

1406Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch
1407Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu
1408beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive
1409Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und
1410die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen
1411entwickeln wir Maßnahmen in einer bundesweiten Strategie gegen Desinformation
1412weiter und beziehen hierbei Wissenschaft und zivilgesellschaftliche
1413Organisationen ein. Es braucht es wachsame Institutionen und verlässliche
1414Informationen, beispielsweise durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die
1415Menschen bei der Erkennung von Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in
1416anderen demokratischen Gesellschaften, wie wichtig es ist, unabhängige Stellen
1417zu haben, die Deepfakes, groß angelegte und gesteuerte Kampagnen mit
1418Falschnachrichten und andere, die Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig
1419erkennen. Die großen Medienplattformen werden wir auch auf Ebene der EU in die
1420Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation
1421vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im Auftrag eines
1422fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden systematische
1423Desinformation bekämpfen. Dafür nehmen wir auch das manipulierende und
1424künstliche Verbreiten von entsprechenden Inhalten z.B. durch Bots in den Blick.
1425Den Kauf oder das Anbieten von Likes oder Followern auf Online-Plattformen
1426wollen wir als unlautere Geschäftspraktik untersagen. Wir stärken die effektiven
1427Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum, um gegen
1428Organisierte Kriminalität und Hasskriminalität vorgehen zu können und bei
1429anonymisierten Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können,
1430Strafverfolgung mit der Login-Falle und durch Gerichte angeordnete
1431Accountsperrern zu ermöglichen. Wir werden Maßnahmen gegen Plattformen ergreifen,
1432die durch autoritäre Staaten genutzt werden, um systematische Desinformation zu
1433verbreiten.

1434Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und
1435unabhängige Berichterstattung und kann daher durch die Beachtung höchster

1436journalistischer Standards ein Punkt der Orientierung auch im Angesicht von
1437Desinformationskampagnen und Falschmeldungen sein. Es ist wichtig, dass er diese
1438bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen und weiterentwickeln kann. Die
1439dafür nötigen Reformen sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und
1440verlässlichen Rahmenbedingungen und beziehen uns bei der Ausgestaltung unter
1441anderem auf die Vorschläge der KEF. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine
1442Plattform, die länderübergreifend u.a. die öffentlich-rechtlichen
1443Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht und eine Alternative zu
1444den derzeitigen, rein kommerziellen Angeboten darstellt.

1445Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200
1446Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Auch
1447Wissenschaftseinrichtungen geraten zunehmend ins Visier. Diese Angriffe kommen
1448hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir werden
1449mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und
1450widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in der
1451Informationstechnik muss eine stärkere und unabhängige Rolle beim Schutz
1452digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser
1453Ziel ist es, digitale Netze und Einrichtungen durch wirksame IT-
1454Sicherheitsmaßnahmen robust gegen Hackerangriffe zu machen. Wir wollen die
1455rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale Botschaften“
1456schaffen. Damit wollen wir relevante öffentliche Datenbanken absichern, um sie
1457auch in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur
1458Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen. Wir wollen Personen, die
1459strukturiert nach Sicherheitslücken im Interesse der Allgemeinheit suchen,
1460Rechtssicherheit und Unterstützung geben.

1461 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

1462Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und
1463Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue
1464verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten
1465Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür
1466braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte
1467Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu
1468begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;
1469sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für
1470Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den
1471Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates, und unserer Lebensgrundlagen
1472zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik
1473sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer
1474integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

1475Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir
1476in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither
1477Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen
1478die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit
1479diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die

1480 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für
 1481 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch
 1482 weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre
 1483 Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im
 1484 Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns.
 1485 Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt
 1486 sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der
 1487 Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden
 1488 interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die
 1489 Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen
 1490 die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins
 1491 Zermürbungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere
 1492 Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung
 1493 grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.

1494 **C. Eine starke Europäische Union**

1495 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

1496 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren
 1497 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den
 1498 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und
 1499 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch
 1500 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische
 1501 Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb
 1502 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen
 1503 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein
 1504 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach
 1505 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit
 1506 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die
 1507 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb
 1508 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und
 1509 Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa zu festigen. Um positive Anreize
 1510 zu setzen für Kandidatenländer, die echte demokratische Reformen umsetzen,
 1511 setzen wir uns für sichtbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess ein. Parallel
 1512 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen
 1513 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.
 1514 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.

1515 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen
 1516 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das
 1517 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in
 1518 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen
 1519 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume
 1520 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:
 1521 keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir setzen uns im Rahmen der
 1522 Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so

1523 über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und
1524 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern.

1525 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische
1526 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen
1527 bekommen und in allen Politikfeldern mit dem Rat gleichberechtigt Gesetze
1528 beschließen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale
1529 Listen gewählt werden. Bürger*innen sollen breiter und effektiver beteiligt
1530 werden. Dafür wollen wir die Europäische Bürgerinitiative und Europäische
1531 Bürger*innenforen stärken.

1532 **Für eine handlungsfähige EU**

1533 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem
1534 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der
1535 Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier*innen, sofern alle
1536 Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen
1537 und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen, demokratischen Kräfte z.B. in
1538 Georgien, Serbien und anderen Ländern mit Beitrittsperspektive. Wir unterstützen
1539 solche Initiativen, die zentral sind, um diesen Ländern eine Zukunft in der EU
1540 zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen
1541 wir in ihrem Kampf gegen Destabilisierung durch Russland und anderen
1542 Bedrohungen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine
1543 Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften Kurswechsel bei
1544 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz voraus. Wir wollen die
1545 vielfältigen Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und Europa stärken und
1546 die türkische Zivilgesellschaft unterstützen.

1547 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende
1548 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der
1549 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und
1550 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen
1551 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, wollen wir im Rahmen der in den
1552 EU-Verträgen festgelegten "Verstärkten Zusammenarbeit" vorgehen die stets
1553 offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit Frankreich und Polen wollen
1554 wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir so stark in die deutsch-
1555 französische Kooperation und das Weimarer Dreieck investiert. Eine Reihe der
1556 Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf einer Änderung der EU-Verträge.
1557 Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, einen Verfassungskonvent einzuberufen.
1558 Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener Verfassung.

1559 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb
1560 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend
1561 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der
1562 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation
1563 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.
1564 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus und andere Austausch-
1565 und Bildungsprogramme, Forschungsk Kooperationen oder eine gemeinsame europäische
1566 Asylpolitik werden wir stärken. Außerdem braucht es verbindliche Ziele für den

1567Klima- und Naturschutz, eine starke soziale Säule sowie Investitionen in den
1568wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die europäische Resilienz und
1569internationale Zusammenarbeit. Für zivilgesellschaftliche Akteure und
1570Unternehmen muss es einfacher werden, auf EU-Fördermittel zuzugreifen.

1571Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen
1572die finanzielle Ausstattung der EU durch ein Anwachsen des EU Finanzrahmens und
1573neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen, die durch europäische Instrumente
1574entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Sollten die USA die
1575globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr
1576umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer
1577ein. Investitionen mit höchster Priorität für unsere Sicherheit, unseren
1578Wohlstand, den sozialen Frieden und den Klimaschutz wollen wir mit den
1579Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Finanzierungsoptionen gemeinsam
1580stemmen. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich auch gemeinsame
1581europäische Anleihen bewährt, etwa im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

1582 **D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung**

1583 **Für eine aktive Außenpolitik**

1584Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung
1585übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.
1586Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken
1587Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,
1588in einer stabilen Welt.

1589Die EU ist Garant für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU
1590als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir
1591haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren
1592europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam
1593stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die
1594Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die
1595Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.
1596Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile
1597Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland
1598grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

1599Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit
1600in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem
1601autoritären und zunehmend totalitären Russland von heute. Das gewaltsame
1602Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die
1603imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen,
1604ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und
1605sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern,
1606den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene
1607Handlungsfähigkeit wahren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen
1608Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die
1609Atomwirtschaft.** Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre
1610Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in

1611die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den
1612Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerten rechtssicher für die
1613Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen
1614Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft
1615glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch
1616die belarusische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem
1617Kampf gegen die Lukaschenka-Diktatur bestmöglich unterstützen.

1618Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz
1619aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der
1620USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,
1621historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA
1622ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische
1623Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und
1624Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1625Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf
1626vielfältige und starke Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen Süden.
1627Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und
1628Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf gegenseitigem
1629Vertrauen und Transparenz sowie gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir
1630auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den Einsatz für
1631Menschenrechte weltweit, für globale Herausforderungen wie den Kampf gegen den
1632Klimawandel und in der systemischen Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1633China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen
1634Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu
1635erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch
1636die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-
1637Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der
1638deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent gemeinsam mit
1639unseren europäischen Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch
1640das sogenannte De-Risking: wir wollen einseitige und risikoreiche Abhängigkeiten
1641von China abbauen und unsere Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um
1642wirtschaftliche Stabilität und politische Handlungsfreiheit langfristig zu
1643gewährleisten. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im
1644Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel, Klima,
1645Wissenschaft und Technologie. Im Rahmen der Ein-China-Politik betrachten wir
1646Taiwan als wichtigen demokratischen Wertepartner und wollen den Austausch
1647intensivieren. Eine Änderung des Status quo in der Taiwan-Straße darf nicht
1648gegen den Willen Taiwans erfolgen.

1649Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
1650Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem
1651Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns
1652unverhandelbar. Daraus folgt das Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts
1653gegen Angriffe zu verteidigen. Wir stehen ein für die Sicherheit von Israelis
1654und Palästinenser*innen.

1655

1656 Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror
1657 gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und
1658 Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte
1659 Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns
1660 ein. Deswegen verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne der
1661 israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der
1662 Palästinenser*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

1663

1664 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre
1665 Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale
1666 ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die
1667 von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung
1668 geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem
1669 Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele
1670 Zivilist*innen haben ihr Leben verloren, was auch Teil des zynischen Kalküls der
1671 Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist*innen versteckt hatten. Der
1672 Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen
1673 an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in
1674 Trümmern.

1675

1676 Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten
1677 eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich
1678 umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann.
1679 Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für
1680 Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die konsequente Umsetzung
1681 von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon
1682 ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

1683

1684 Israel muss sich und seine Bürger*innen gegen den Terror der Hamas sowie die
1685 Raketen des iranischen Regimes und seinen Stellvertretern in der Region
1686 verteidigen können. Doch das ist kein Blankoscheck für Rüstungsexporte. Bei
1687 jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu
1688 beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen
1689 ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.

1690 Das Assad-Regime ist für Jahrzehnte von Unterdrückung, Folter, Mord und
1691 Vertreibung verantwortlich. Diese dunkle Phase der syrischen Geschichte endet
1692 mit seinem Fall. Viele Syrer*innen hoffen nun auf ein Leben in Frieden und
1693 Freiheit. Auf diesem Weg unterstützen wir sie, im Rahmen der EU und der UN: für
1694 einen friedlichen und demokratischen Transformationsprozess, der alle
1695 Syrer*innen, gleich welchen Glaubens, welcher Ethnie und welchen Geschlechts am
1696 politischen Prozess beteiligt, ihnen Rechte gewährt und Schutz bietet. Dabei
1697 müssen alle Bevölkerungsgruppen inklusive Kurden, Jesiden, Drusen, Alawiten und
1698 Christen berücksichtigt werden. Um einen solchen Prozess zu ermöglichen,
1699 erwarten wir von den Nachbarstaaten, das Selbstbestimmungsrecht, die
1700 Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu achten.

1701

1702 Für eine friedliche und inklusive Zukunft Syriens ist es wichtig, dass schwerste
1703 Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen
1704 gegen die Menschlichkeit müssen - auch in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip
1705 - aufgearbeitet und Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

1706

1707 Wir werden unseren Beitrag leisten, damit Syrien ein stabiles, freies und
1708 friedliches Land wird, in das Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben,
1709 sicher und selbstbestimmt zurückkehren können. Dazu gehört, dass wir weiter
1710 humanitäre Hilfe leisten, den Wiederaufbau fördern und bestehende EU-
1711 Wirtschaftssanktionen abbauen, um einen Neuanfang in Syrien und nachhaltige
1712 Stabilität in der Region zu unterstützen. Wir bieten den Menschen, die in den
1713 letzten Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, eine verlässliche Perspektive.
1714 Viele wollen aktiv bei diesem Wiederaufbau mitwirken. Wir unterstützen sie
1715 dabei, indem wir bürokratische Vorgaben reduzieren, die ihnen dabei bisher im
1716 Wege stehen, ohne dass sie in der derzeitig noch volatilen Lage ihren
1717 Aufenthaltstitel verlieren. Denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich
1718 Syrien entwickelt. In dieser unklaren Lage, halten wir die übereilten
1719 Forderungen nach Rückführungen für falsch.

1720

1721 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land
1722 und destabilisiert die ganze Region, unter anderem durch Stellvertreter wie
1723 Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die
1724 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre
1725 Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den
1726 iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen
1727 wir uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-
1728 Ebene ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem
1729 weitere gemeinsame diplomatische Anstrengungen, um die Freilassung der politisch
1730 Gefangenen zu bewirken und die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.
1731 Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um das JCPoA ziehen.

1732

1733 Der Krieg in Sudan hat zu einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit
1734 geführt. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die
1735 Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückkehren und humanitären Zugang
1736 ermöglichen. Nur so kann die Hungersnot beendet werden. Wir leisten humanitäre
1737 Hilfe, unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und nutzen die uns im
1738 Rahmen der EU zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die externe
1739 Unterstützung der Konfliktparteien einzudämmen.

1740 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und
1741 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit
1742 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage
1743 dafür sind ein ressortgemeinsames Lagebild und Lagezentrum über die Bedrohungen,
1744 Risiken und Chancen für unsere Sicherheit, wirkungsorientierte Strategien sowie
1745 eine starke ressortübergreifende Koordination.

1746

1747 Wir wollen ein Zentrum für strategische Vorausschau schaffen, das mit Blick auf

1748die Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitspolitik und breiter Expertise
1749aus unterschiedlichsten Bereichen Zukunftsszenarien entwickelt und aus diesen
1750Handlungsmöglichkeiten ableitet. Mit modernen Formen der Beteiligung sollen
1751zudem Impulse von Bürger*innen aufgenommen und Raum für Debatte geschaffen
1752werden.

1753 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1754Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die
1755multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der
1756Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät
1757zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,
1758Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine
1759Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke
1760des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1761Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.
1762Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere
1763Repräsentation der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese
1764Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen. Bei
1765anhaltenden Blockaden im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die
1766Möglichkeiten der UN-Generalversammlung gemäß der Resolutionen "Uniting For
1767Peace" und "Veto Initiative" nutzbar zu machen und so die Handlungsfähigkeit der
1768internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Zudem wollen wir uns als Teil einer
1769digitalen Außenpolitik in der UN und in internationalen Foren aktiv für ein
1770globales, offenes und selbstverwaltetes Internet sowie für den
1771verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz einsetzen.

1772Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr
1773Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel
1774für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt, mehrjährig vergeben, und enger
1775mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verzahnt werden, um Herausforderungen in
1776fragilen Kontexten gerecht zu werden, die Planbarkeit zu verbessern und Krisen
1777nachhaltig vorzubeugen. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der
1778humanitären Hilfe einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen
1779weiter stärken. Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe
1780bei der notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer*innen geschützt sind.

1781Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft
1782sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung
1783zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir
1784Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese
1785strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale
1786Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung
1787aktiv vorantreiben. Wir stehen unverbrüchlich hinter dem Internationalen
1788Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das
1789humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.
1790Denn niemand steht über dem Völkerrecht - es gilt überall. In enger Abstimmung
1791mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche

1792 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression und eine entsprechende Reform des
1793 Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

1794 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1795 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und
1796 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige
1797 Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend
1798 unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die
1799 Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches
1800 Engagement, gefährden Aktivist*innen und verfolgen Dissident*innen – auch im
1801 Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen
1802 wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark,
1803 dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch
1804 stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1805 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für
1806 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.
1807 Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen,
1808 Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Studierende vor Ort
1809 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele
1810 Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist*innen
1811 durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den
1812 Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen
1813 und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

1814 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis
1815 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und
1816 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen interessen-
1817 und wertegeleitet ausbauen. Deutschland hat eine immerwährende Verantwortung
1818 gegenüber den Ländern und Menschen, die unter der Besatzung und den Verbrechen
1819 des Nationalsozialismus unermessliches Leid erfahren haben. Mit ehemaligen
1820 deutschen Kolonien wie Namibia haben wir unter Einbeziehung der Nachfahren der
1821 Opfer den Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess vorangetrieben. Diese Schritte
1822 werden wir konsequent fortführen. Dabei möchten wir gemeinsame Wege finden,
1823 Verantwortung für unsere Vergangenheit zu übernehmen und in einem
1824 völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

1825 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und
1826 wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen
1827 Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte
1828 Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet,
1829 die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und
1830 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen,
1831 auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen
1832 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser
1833 unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren
1834 Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben,
1835 Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit

1836 stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen
1837 bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben ist ein
1838 Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.

1839 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen
1840 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der
1841 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns
1842 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen und marginalisierten
1843 Gruppen in Afghanistan ein, die seit der Machtergreifung der Taliban schwersten
1844 Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Solange die De-facto Regierung ihren
1845 internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachkommt, kann es keine
1846 Rückkehr in die internationale Gemeinschaft geben. Außerdem stehen wir an der
1847 Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid*innen, die
1848 besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter
1849 schützen. Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, einen
1850 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid*innen zu beschließen.

1851 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1852 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den
1853 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der
1854 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.
1855 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in
1856 der EU zusammenarbeiten.

1857 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen
1858 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Die sicherheitspolitische Lage und der
1859 Rückstand der deutschen Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung machen das besonders
1860 dringlich. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem
1861 Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national
1862 definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2
1863 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und
1864 Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden
1865 Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere
1866 Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im
1867 Verteidigungsbereich zu Lasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.
1868 Wie zu Zeiten der Eurokrise und der Pandemie braucht es auch auf europäischer
1869 Ebene eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in
1870 Europa, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir
1871 auch europäische Synergieeffekte nutzen.

1872 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken
1873 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile
1874 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen
1875 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
1876 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
1877 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir
1878 dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken. Zur besseren
1879 Koordination unserer entwicklungs- sicherheits- und friedenspolitischen

1880 Maßnahmen, wollen wir diplomatische Kapazitäten in den Auslandsvertretungen
1881 gezielt aufstocken.

1882 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von
1883 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und
1884 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten
1885 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und
1886 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1887 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus
1888 Russlands noch wichtiger geworden. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung
1889 von Kernwaffen stärken und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
1890 Organisationen sowie Überlebenden von Atomwaffenabwürfen oder -tests ausbauen.
1891 Dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachter konstruktiv
1892 begleitet ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und ein erster Schritt auf
1893 dem noch langen Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt. Denn echte
1894 Abrüstung und mehr Sicherheit für alle wird es nur geben, wenn alle Staaten
1895 glaubhafte Schritte in diese Richtung gehen. In einer Zeit, in der Putins
1896 Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen
1897 Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle
1898 Säule unserer Sicherheit.

1899

1900 Es braucht dringend neue Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und
1901 Weltraum. Entwicklungen in diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege
1902 geführt werden. Für uns ist klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von
1903 letalen vollautonomen Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle
1904 über Leben und Tod entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf
1905 internationaler Ebene für eine Ächtung ein. **Den militärischen Einsatz von**
1906 **Künstlicher Intelligenz wollen wir international regulieren.**

1907 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und
1908 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem
1909 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen
1910 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive
1911 Rüstungskontrolle weiterentwickeln.

1912 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1913 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO
1914 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts
1915 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –
1916 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.
1917 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall
1918 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken
1919 und von Angriffen abzuhalten. Dies muss einhergehen mit einer gesamtstaatlich
1920 und gesamtgesellschaftlich getragenen Zivilverteidigung und Resilienz.

1921 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere
1922 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in
1923 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr

1924 müssen im Rahmen des Völkerrechts und multilateral verankert sowie in ein
1925 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische,
1926 entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen
1927 die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die
1928 Evaluierung von Einsätzen verstetigen. Die Lehren und Empfehlungen der Enquete-
1929 Kommission des Bundestages zu Afghanistan und künftigen vernetzten
1930 Krisenengagements verdienen sorgfältige Berücksichtigung.

1931 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine
1932 große gesellschaftliche Verantwortung und Fürsorgeverpflichtung für alle, die in
1933 ihr dienen und dienten. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des
1934 Soldaten bzw. der Soldatin als "Staatsbürger*in in Uniform" sowie die
1935 Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind für uns leitend. Wir
1936 stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet
1937 und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger
1938 lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer
1939 bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit
1940 und Unterstützung verdient.

1941 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell
1942 und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011
1943 ausgesetzten, allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen wollen wir den
1944 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver
1945 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal
1946 langfristig binden. Neben den notwendigen Investitionen braucht es auch
1947 strukturelle Reformen. Dazu gehören etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie
1948 und Beruf, Bürokratieabbau, eine angemessene Ausrüstung und
1949 Fortbildungsmöglichkeiten. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es
1950 schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der
1951 Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus
1952 wollen wir die Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel
1953 machen, beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1954 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr
1955 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern
1956 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir
1957 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern
1958 abbauen und unsere technologische Souveränität durch den Ausbau europäischer
1959 Produktionskapazitäten stärken. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame
1960 Investitionen und den politischen Willen, um nationale industriepolitische
1961 Interessen in den Dienst von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Angesichts
1962 der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele unserer
1963 Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor
1964 Aggressionen und Krieg zu schützen. Ein bedarfsorientierter europäischer
1965 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind deshalb zwei
1966 Seiten einer Medaille. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik trägt zum
1967 Schutz unser Partner bei und verhindert zugleich, dass mit deutschen und
1968 europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische

1969Regimes unterstützt werden. Mit diesem Ziel wollen wir klare, transparente und
1970an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte
1971Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker
1972gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren
1973Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Bei jeder
1974Einzelfallentscheidung muss Deutschland seinen nationalen und internationalen
1975rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

1976 **Für globalen Klimaschutz**

1977Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie
1978zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.
1979Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem
1980unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

1981Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die
1982Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie
1983schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten.
1984Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik
1985machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere
1986Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

1987Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich
1988für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende
1989beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben
1990gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.
1991Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1992Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur
1993internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der
1994internationalen Klimakonferenz COP.
1995Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit
1996unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit
1997den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden.
1998Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung
1999fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt
2000besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und
2001Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei
2002setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker
2003ressortübergreifend zu stärken.

2004Entsprechend der Beschlüsse der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen
2005wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen.
2006Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große
2007Mengen CO₂ einspeichern und schützen so Biodiversität, Klima und unsere
2008Lebensgrundlagen gleichermaßen.

2009Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere
2010Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie
2011die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und

2012Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden
2013und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch
2014Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu
2015gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten
2016aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale
2017Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei
2018der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu
2019Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.

2020 **Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

2021Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch
2022internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und
2023Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für
2024menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt
2025ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere
2026Chinas und Russlands.

2027Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten
2028Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für
2029nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.
2030Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine
2031eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und
2032weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehört auch ein
2033Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und
2034der Diaspora kooperiert sowie eine starke, partizipativ orientierte
2035entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

2036Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter
2037Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale
2038Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen
2039treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen
2040uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur
2041Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein,
2042um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir
2043gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen
2044Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

2045Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir
2046beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und
2047Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken
2048nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer*innen
2049und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen
2050mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit
2051zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und
2052vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir
2053Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die
2054Weltgesundheitsorganisation stärken und ein internationales Pandemieabkommen
2055vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten,

2056 Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und
2057 Wissenstransfer sowie das Teilen von geistigem Eigentum wo nötig, um diese
2058 Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir
2059 unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument
2060 gegen Armut.

2061 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält
2062 und mindestens, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
2063 Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent
2064 des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon
2065 0,2 % für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt.
2066 Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und
2067 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue
2068 Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung
2069 des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel
2070 mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten
2071 Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des
2072 Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um
2073 neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren.
2074 Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten
2075 internationalen Handelns.